

„Värnkraft“ 2021-2025

Die Neuausrichtung des schwedischen Militärs

von Christina Boger

Im Mai 2019 legte der schwedische Verteidigungsausschuss den Abschlussbericht Värnkraft, inriktningen av säkerhetspolitiken och utvecklingen av det militära försvaret 2021-2025¹ (Militärische Gewalt, Ausrichtung der Sicherheitspolitik und Entwicklung der militärischen Verteidigung 2021-2025) vor. Das Värnkraft-Papier baut auf den Teilbericht Motståndskraft, Inriktningen av totalförsvaret och utformningen av det civila försvaret 2021-2025² (Widerstand, Ausrichtung der totalen Verteidigung und der zivilen Verteidigung 2021-2025) aus dem Jahr 2017 auf (Värnkraft 2019: 17). Im Folgenden werden die Kernpunkte des Abschlussberichtes zusammengefasst, aus welchem hervorgeht, dass mit der Agenda 2021-2025 die „größte militärische Veränderung der schwedischen Sicherheits- und Außenpolitik seit 2004“ bevorsteht (ebd.: 317). Hauptmerkmale des Vorschlages umfassen die materielle, personelle und finanzielle Aufrüstung der schwedischen Streitkräfte. Zusätzlich wird die sicherheitspolitische Lage und außenpolitische Ausrichtung Schwedens, Europas und der Welt diskutiert. Im Besonderen kristallisiert sich eine bipolare Einteilung Europas heraus: Russland gegen den Westen. Die vermeintliche Angst vor Russland wird nicht nur als Rechtfertigung der drastischen Aufrüstung instrumentalisiert. Sie unterstreicht auch die fortlaufende Annäherung Schwedens an Strukturen militärbündischen Charakters, und somit den schleichenden Abschied von der schwedischen Neutralität.

Fokus Russland

Während ein bewaffneter Angriff auf Schweden 2004 noch als unwahrscheinlich galt, ist dies nicht länger die Sichtweise der Verteidigungskommission (Värnkraft 2019: 148). Im Gegenteil: In dem aktuellen Bericht wird die Verteidigung des Landes vor einem bewaffneten Angriff als wichtigste Zielsetzung beschrieben (ebd.: 149). Als Hauptgrund für den bevorstehenden massiven Ausbau des Sicherheitssektors wird Russland als Antagonist Europas herangezogen (ebd.).

Infolge der schweren Konflikte in der Ukraine 2014 kritisierte der schwedische Verteidigungsausschuss in einem Bericht, dass Russland „mit wachsender Ambition, versucht sich als Großmacht zu etablieren“, indem es versuchen würde, das ehemalige Gebiet der UdSSR weitmöglichst zu kontrollieren (ebd.: 69). In dem 355 Seiten langen Värnkraft-Papier von 2019 wird Russland 366 Mal erwähnt – und das meist in Verbindung mit der Bedrohung Schwedens und Europas, aufgrund von (angenommener) militärischer Aufrüstung und territorialem Machtbestreben. Es wird über eineinhalb Seiten explizit beschrieben, inwiefern Russland die europäische Sicherheit untergrabe – ein roter Faden, der sich durch das gesamte Dokument zieht, um für eine Aufrüstung und die Bereitschaft des Militärs, wie auch die Alarmbereitschaft der Bevölkerung zu werben. Der Teilbericht Motståndskraft (Widerstandsfähigkeit) sieht vor, dass „das Militär- und Zivilwesen im Rahmen einer gemeinsamen

totalen Verteidigung eine [nicht näher spezifizierte] Sicherheitskrise in Europa und Schwedens naher Umgebung, die länger als drei Monate anhält und mit ernsthaften Konsequenzen für die Funktionalität der Gesellschaft einhergeht, bewältigen können sollten“ (ebd.: 191).

Das Värnkraft-Papier betont, dass große Investitionen in die gesamte Kriegsorganisation geleistet werden müssten, um sicherzustellen, dass grundlegende Funktionen sowie sämtliches Material auf dem neusten Stand und betriebsfähig seien. Denn laut Verteidigungsausschuss, sei das schwedische Militär nicht für die Abwehr eines bewaffneten Angriffs ausgerüstet bzw. vorbereitet (ebd.: 148).

Bevor es um die aktuellen Pläne zur Aufrüstung geht, wirft der Bericht einen Blick auf die Bilanz seit Ende des Kalten Krieges. Mit dem Zerfall der UdSSR sei auch die Angst vor einem bewaffneten Angriff auf Schweden vergangen. Vorerst habe Schweden seine Kräfte daher auf die Erhaltung der grundlegenden Verteidigung fokussiert und gliederte sich in internationale Organisationen ein (UN und EU). Das Militär habe sich im Zuge dessen auf multinationale Militäreinsätze fernab des eigenen Territoriums konzentriert (ebd.: 134). Dies habe zur Folge, dass die Position des „neutralen“ Staats vernachlässigt würde. Der Verteidigungsentscheid 2004, beispielsweise, erörterte, dass ein militärischer Angriff auf Schweden auf absehbare Zeit (d.h. mindestens 10 Jahre in die Zukunft) höchst unwahrscheinlich sei (ebd.: 135).

„Vor dem Hintergrund des Georgienkrieges 2008“ und erneut wachsender Angst vor Russland wird im Verteidigungsbeschluss 2009 zwar (noch) nicht explizit mit einem bewaffneten Angriff auf Schweden gerechnet, man bricht jedoch entschieden mit dem Narrativ von 2004 (ebd.: 136). Im Hinblick dessen wird gefordert, dass die internationale Zusammenarbeit – insbesondere im Rahmen von EU und NATO – intensiviert werden müsse (ebd.: 138). Im folgenden Jahr (erstmalig nach 109 Jahren) wurde dann die Wehrpflicht ausgesetzt (ebd.: 137). Im Verteidigungsbeschluss 2015, nach weiteren russischen militärischen Bestrebungen im Vorjahr (z.B. „Russlands illegale Annexion der Krim 2014“; ebd.: 243), rückte der Fokus weiter in Richtung nationaler Verteidigung und der Militärhaushalt stieg auf 44,6 Milliarden Schwedische Kronen (SEK; ca. 4,15 Milliarden Euro; ebd.: 139). Aus der Agenda 2016-2020 geht hervor, dass die Erweiterung der „operativen Fähigkeiten des Truppenverbandes und die Sicherstellung der totalen Verteidigung“ das neue Hauptziel seien (ebd.: 138). 2017 folgte – nach gerade einmal sieben Jahren – in diesem Sinne der Entscheid für die Wiedereinführung der Wehrpflicht ab 2018 (ebd.).

Kurz gefasst: „Im Verteidigungsentscheid 2004 wurde der bewaffnete Angriff als Planungsgrundlage für die Streitkräfte komplett abgeschrieben. Im Verteidigungsbeschluss 2015 wurde [dieser jedoch] als Gestaltungsgrundlage der [Organisation der Streitmacht] wieder aufgenommen (ebd.: 139)“, und ist seither fortwährend gültig.

Entgegen der Neutralität

Das Interesse an internationaler Zusammenarbeit hat sich nicht geändert, wohl aber der formulierte Hintergrundgedanke.

Während der Beitritt in die EU 1995 und die Beteiligung an vielzähligen NATO-Aktionen seit den 1990ern zunächst damit in Verbindung gebracht wurden, dass territoriale Verteidigung unwesentlich wurde, werden multinationale Kooperationen inzwischen als Schlüssel für die nationale Sicherheit Schwedens vermarktet. Schweden habe, als vergleichsweise kleines und vor allem bevölkerungsarmes Land, ein sehr begrenztes finanzielles und personelles Volumen für die nationale Verteidigung. In dem aktuellen Bericht wird daher darauf verwiesen, dass Schweden auf netzwerkbasierter Verteidigung (NBV) setze (ebd.: 124).

Daher bilde die „solidarische Sicherheitspolitik [nun] die Grundlage“ der schwedischen Verteidigungsstrategie (ebd.: 103). Damit wird erneut deutlich, dass sich Schweden kontinuierlich von seiner ehemals „neutralen“, bzw. bündnisfreien außenpolitischen Stellung distanziert. Dennoch enthält auch das jüngste Värnkraft-Papier den Verweis: „Schweden ist kein Mitglied eines Militärbündnisses“ – Schweden ist angeblich also fortwährend allianzfrei (ebd.). Doch Taten und Worte passen nur bedingt zusammen: Zum einen wurde 2009 eine unilaterale Solidaritätserklärung des Verteidigungsministeriums veröffentlicht, in welcher Schweden verspricht, sich im Falle einer Krisensituation oder eines bewaffneten Angriffs auf einen EU-Mitgliedsstaat, sowie auf Island oder Norwegen, nicht passiv zu verhalten.⁴ Zum anderen sind da die aktive Teilnahme an NATO-Manövern, die Mitgliedschaft Schwedens in der EU, die sich zunehmend zu einem Militärbündnis entwickelt, und die Teilnahme Schwedens an gleich zwei Rahmenkonzeptionen (Framework Nations Concept, FNC)⁵ der NATO, die gegen die Einordnung als neutraler Staat sprechen oder sie zumindest hinterfragen.

Ein weiterer Kritikpunkt, der an der in dem Bericht suggerierten „Allianzfreiheit“ Schwedens nagt, ist die Tatsache, dass der Zweite Weltkrieg und der Kalte Krieg als *gemeinsame Geschichte* mit den transatlantischen Partnern (die USA und Kanada) angeführt werden. Und das, obwohl sich Schweden doch eigentlich als streng neutral in Bezug auf den genannten Zeitraum positionierte (Värnkraft 2019: 80).

Die Aufrüstung der schwedischen Streitkräfte

Die grundlegendsten Änderungen, die der Verteidigungsausschuss für die kommende Agenda vorsieht, liegen in der Um- und Neuverteilung der militärischen Einheiten. Zunächst schlägt er vor, dass eine neue Institution eingerichtet werden soll, welche Einsicht in die Arbeit sämtlicher Behörden erhält, die mit der nationalen Verteidigung in Verbindung stehen, um nachverfolgen und auswerten zu können, wie es um die totale Verteidigung steht (ebd.: 330).

Zudem gäbe es „Unzulänglichkeiten im Verteidigungsvermögen“, die hauptsächlich auf materielle und personelle Mängel zurückzuführen seien: „[Eine] insgesamt zu geringe Truppenstärke, unzureichende Zusammenarbeit der Einheiten und begrenztes Durchhaltevermögen (ebd.: 144).“ Der Verteidigungsausschuss schlägt daher vor:

„die Kriegoorganisation der Armee aufzuteilen in drei mechanisierte Brigaden, eine reduzierte motorisierte Brigade und eine verstärkte Bataillonsstreittruppe auf Gotland. Hinzu kommen freistehende Feldverbände, unter anderem in Form von Jäger-, Aufklärungs-, und Sicherheitsverbänden (u.a. Militärpolizei, Militärgeheimdienst und Palastwache)⁶, Pionier-, Artillerie-, Logistik- und Flugabwehrverbänden“ (ebd.: 176).

Umverteilungen, wie die Schaffung eines übergeordneten



Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Björn von Sydow überreicht dem Verteidigungsminister Peter Hultqvist den Värnkraft-Bericht. Quelle: Regeringskansliet / Ninni Andersson

Verbandes und die Aufgliederung in kleinere Untereinheiten, zielen auf schnelleres Reaktionsvermögen ab, da so kleinere Truppen anderen Einheiten bei Bedarf unterstellt werden könnten, womit gleichzeitig die Personalmängel ausgebessert würden: „Die Streitkräfte bekräftigen, dass ein Bedarf für mehr Sicherheitseinheiten besteht. Der Ausschuss schlägt daher vor, für den Zeitraum 2021-2025 eine Sicherheitsvereinigung [...] aufzustellen“ (ebd.: 181).

Die Spezialeinheit (*specialförbanden*) soll über die bevorstehende Periode ebenfalls weiter ausgebaut werden. Dabei handelt es sich um eine breit aufgestellte Truppen in höchster Bereitschaft. Je nach Bedarf kann jene das Militär bei Auslandseinsätzen, bei der Verteidigung Schwedens, oder auch die Polizei bei Inlandseinsätzen, wie der Terrorismusbekämpfung oder der Reaktion auf Katastrophen, etc., unterstützen (ebd.: 216).

Wie erwähnt, soll auch die militärische Präsenz auf Gotland massiv erhöht werden, und zwar durch die Verlegung des Ausbildungsstützpunktes des „skyttebataljon“ auf die drittgrößte Insel in der Ostsee (ebd.: 180). Damit ist die Einheit grenznah gelegen und sofort einsatzbereit. Die Stationierung von Truppen entlang der Landesgrenzen ist ein beliebtes Mittel der (passiven) militärischen Abschreckung, welches auch bei anderen Ländern aktuell zum Einsatz kommt (z.B. die Stationierung von russischen und von NATO-Truppen beidseitig entlang der russischen Grenzgebiete). Doch auch wenn dies natürlich zum guten Ton gehört: Inwieweit hier überhaupt von rein passiver Abschreckung gesprochen werden kann, darf bezweifelt werden. Schließlich ist bekannt, dass zumindest die Bundeswehr sich, aufbauend auf NATO-Planungen, auf militärische Auseinandersetzungen mit Russland außerhalb des NATO-Bündnisgebietes vorbereitet.⁷ Da hierfür zum Beispiel Nachschublinien über die Ostsee von zentraler Bedeutung wären ist aufgrund der engen Anbindung Schwedens an die NATO davon auszugehen, dass die nun stationierten Truppen auch in solche Planungsszenarien eingebunden sein dürften. Auch dass sich die Verteidigungskommission zudem wünscht, dass mehr amphibische Einheiten entlang der Westküste stationiert werden, um wichtige Verbindungen zum Westen kontrollieren zu können (ebd.: 191), bestätigt den Verdacht, dass Schweden über die rein ‚passive Abschreckung‘ zweifelsohne hinausgeht.

Was die materielle Aufrüstung betrifft, sollen vor allem die Bodentruppen, die Marine und die Luftwaffe aufgerüstet werden. Und auch für die Reserveeinheiten der Heimwehr (*hemvärnet*) sollen unter anderem neue Boote, Fahrzeuge, Panzerabwehrwaffen und Granatwerfer angeschafft werden (ebd.: 167).

Für die Luftwaffe sieht das Komitee vor, die bestehenden sechs Luftwaffeneinheiten (stridsflygdivisioner) weiterhin zu unterhalten. Jene sollen unter anderem mit sechs zusätzlichen Luft-Luft-Raketen, sowie mit Missionsausrüstung und verstärkten Fähigkeiten zur elektronischen Kriegsführung ausgestattet werden (ebd.: 176, 199). Zudem soll Mitte der 2020er eine neue Langstreckenrakete einsatzbereit sein, welche sowohl für See- als auch für Bodenziele einsetzbar sein wird (ebd.: 200). Desweiteren ist eine Erneuerung alter Kampffjets für den Zeitraum 2020-2027 angesetzt (ebd.: 201). Mit dem besorgniserregenden Aufrüstungsvorhaben ist Schweden – zumindest was die Modernisierung der Luftwaffe anbelangt – nicht das einzige Land: Laut dem rüstungsnahen Journal *Europäische Sicherheit & Technik* werden „die Mitgliedsländer der Europäischen Union, die europäischen NATO-Staaten (einschließlich der Türkei) und die Schweiz“, um das Aufbessern ihrer Kampfflugzeugflotten innerhalb der kommenden zwei Jahrzehnte nicht herum kommen, da die Bestände schlechthin veraltet seien.⁸

Für die Marine sollen sich die materiellen Erneuerungen hauptsächlich auf das Modifizieren alter Systeme beziehen, aber auch Neuanschaffungen stehen bevor. Das Hauptziel der Marine soll fortan die Kontrolle über die Ostsee und, im Falle eines bewaffneten Angriffs, die Verteidigung der Ostsee sein. Dazu soll unter anderem eine Rakete mit einer Reichweite von 300km angeschafft werden (Värnkraft 2019: 166). Die Fähigkeiten der U-Bootjagd sollen ebenfalls weiter ausgebaut werden, wie auch das Seeminenortungs- und -räumungsprogramm (ebd.).

Es wird also nicht bloß an einigen Ecken gefeilt, sondern auf ganzer Bandbreite neue Ausrüstung beschafft. Und dabei handelt es sich offensichtlich auch nicht nur um Munition und Kleinfeuerwaffen.

Personelle und finanzielle Aufstockung

Unweigerlich erfordert eine derartige Aufrüstung der Streitkräfte und Verschärfung der Außenpolitik eine finanzielle Aufstockung, die sich gewaschen hat. Die Umsetzung der Vorschläge für die Periode 2021-2025 hätte eine drastische Erhöhung der jährlichen Mittel (ab 2025) für die militärische Verteidigung zur Folge, mit einer Summe von insgesamt 84 Milliarden SEK (ca. 7,75 Milliarden Euro; ebd.: 341). Zum Vergleich: Die für 2019 festgesetzten Mittel für die militärische Verteidigung belaufen sich auf ca. 52 Milliarden SEK (ca. 4,8 Milliarden Euro).⁹ Vor zehn Jahren lag der Militärhaushalt bei ca. 49 Milliarden SEK (ca. 4,5 Milliarden Euro).

Auch bei der personellen Aufstockung scheint Schweden keine halben Sachen zu machen. Die Umsetzung sämtlicher Vorschläge der Kommission hätte einen drastisch gesteigerten Personalbedarf zur Folge: Berechnungen des Verteidigungsausschusses nach belaufe er sich auf schätzungsweise 90.000 Personen, einschließlich Heimwehr und Zivilangestellter (aktuell umfasst das Personal etwa 60.000 Menschen; Värnkraft 2019: 228). Zudem ist spätestens ab 2024 vorgesehen, dass jährlich 8.000 Menschen die Wehrpflicht durchlaufen werden (ebd.: 228).

Um Engpässe bei der Finanzierung zu umgehen, soll 2022 eine Bankensteuer eingeführt werden, wie unter anderem einem Bericht der Wirtschaftswoche zu entnehmen ist.¹⁰ Das könnte dem Staatshaushalt „zusätzlich umgerechnet 470 Millionen Euro pro Jahr einbringen.“¹¹

Resonanz

Insgesamt ist also ersichtlich, dass sich das „neutrale“ Schweden von dem allgemeinen Aufrüstungsfieber hat anstecken lassen. Und das betrifft nicht nur das Militär – die gesamte Bevölkerung soll in Alarmbereitschaft gesetzt werden. Im vergangenen Jahr wurde ein Flyer an jeden schwedischen Haushalt geschickt, der aufzeigt, welche Maßnahmen zu treffen seien, um adäquat auf eine Krise, wie einen bewaffneten Angriff, vorbereitet zu sein.¹² Die öffentliche Debatte bezüglich der Stärkung des Militärs innerhalb Schwedens bleibt bislang dennoch sehr zurückhaltend und es ist abzuwarten, inwieweit sich die Entwicklungen tatsächlich nach den Vorstellungen des Verteidigungsausschusses entfalten werden.

Anmerkungen

- 1 Värnkraft – Inriktningen av säkerhetspolitiken och utformningen av det militära försvaret 2021-2025. Ds 2019:8. 14.05.2019. . Zuletzt besucht: 25.11.2019. Sämtliche Zitate wurden aus dem schwedischen Original von der Autorin ins Deutsche übersetzt.
- 2 Motståndskraft – Inriktningen av totalförsvaret och utformningen av det civila försvaret 2021–2025. Ds 2017:66. 09.01.2017.
- 3 „ryssland“ (228 Mal); „rysk, „ryska“ oder „ryskt“ (138 Mal).
- 4 Solidaritätserklärung: <http://www.egeablog.net/index.php?post/2012/09/29/Friends-in-need.-The-Swedish-Declaration-of-Solidarity>
- 5 Glatz, Rainer L.; Zapfe, Martin (2019). *NATO's Framework Nations Concept*. Center for Security Studies.
- 6 Anmerkung der Autorin
- 7 Wagner, Jürgen (2018). Konzeption und Fähigkeitsprofil: Bundeswehr-Umbau für den Neuen Kalten Krieg. IMI-Analyse.
- 8 Renn, U. Kampfflugzeugbedarf in Europa: Generelle Trends und Programme. *Europäische Sicherheit & Technik*. 9/2019. S. 20-24.
- 9 <https://www.forsvarsmakten.se/sv/om-forsvarsmakten/darfor-finns-forsvarsmakten/ekonomisk-redovisning/> Zuletzt aufgerufen am 17.10.2019
- 10 <https://www.wiwo.de/politik/ausland/kreditinstitute-schweden-plant-bankensteuer-zur-finanzierung-von-ruestungsausgaben/24965088.html>. Veröffentlicht: 31.08.2019. Zuletzt besucht: 30.10.2019.
- 11 Siehe Fußnote 10
- 12 Siehe IMI Analyse 2019/15

„Jedermann ist unten“. Eine biografisch-politische Skizze

Der Autor Elmar Klink hat über den Philosophen, gewalt freien Vordenker, Friedensaktiven und IdK-Mitglied Nikolaus Koch (1912-1991) eine biografische Werksskizze verfasst. In Kochs über 40-jährigem kontinuierlichem Wirken nach 1945 in der westdeutschen Friedensbewegung spiegelt sich eine Geschichte des politischen Pazifismus wieder.

- Medienrevolutionäre Grundstruktur
- Moderne Revolution und Gewaltfreiheit
- Kontroverse KDV-Diskussion der 1950er Jahre
- Grundkurs KDV
- Die Freiwilligen - für unmilitärische Verteidigung
- Demokratie und Revolution - Ostermarschrede
- Bürgerinitiative für Blockfreiheit gegen Raketenstationierung
- Totalverweigerung
- Erklärung zum Golfkrieg

Das 18-seitige Manuskript kann als online-Text bezogen werden beim Verfasser: Elmar.Klink@gmx.de oder Fon: 0421-358187

(Diese) Industriepolitik ist Rüstungspolitik

Mit Thierry Breton zum KI-Airbus?

von Christoph Marischka

Zum 1. Dezember 2019 soll die neue EU-Kommission unter der ehemaligen deutschen Verteidigungsministerin von der Leyen ihre Arbeit aufnehmen. Erstmals wird dem Kommissariat für Industrie auch eine Generaldirektion für Verteidigung und Weltraum unterstehen. Frankreich hat für dieses Amt Thierry Breton vorgeschlagen, der bereits zuvor wichtige industrielle Weichenstellungen für die Digitalisierung der Streitkräfte begleitet hat. Könnten damit Thales und Atos zukünftig in einem europäischen Großkonzern für Künstliche Intelligenz nach dem Vorbild von Airbus aufgehen und wer wären die deutschen Partner hierbei?

Die neue Kommission

Mit jeder neuen Kommission ändern sich die Aufgabenbereiche der einzelnen Mitglieder und damit häufig auch die formale Benennung ihrer Kommissariate. Das hat allein schon damit zu tun, dass jeder Mitgliedsstaat durch einen oder eine Kommissar*in vertreten ist und sich damit deren Zahl über die Zeit veränderte. Mit der Erweiterung der EU wurden nicht einfach neue Aufgabenfelder addiert, ihre jeweilige Breite und Zusammensetzung – das Portfolio – wurde auch häufig neu variiert. Teilweise hatte dies auch sachliche bzw. politische Gründe: Aufgaben der Digitalisierung z.B. fielen in der Vergangenheit mal ins Ressort der Kommissar*innen für Forschung und Innovation, für Industrie oder auch für die europäische Zivilgesellschaft, bevor sie 2010 zu einem eigenen Portfolio zunächst unter dem Titel „Digitale Agenda“ und später unter „Digitale Wirtschaft und Gesellschaft“ zusammengefasst wurden. In der zukünftigen Kommission unter der ehemaligen Bundesverteidigungsministerin von der Leyen wird dieses Portfolio von einer der drei Vizepräsident*innen der Kommission unter dem sperrigen Titel „Europa fit für das digitale Zeitalter“ behandelt und um den Bereich „Wettbewerb“ erweitert – der zuvor lange ein eigenständiges und zentrales Ressort darstellte.

Presse und Politik bilden in ihren Bezeichnungen der Kommissionsmitglieder oft weder den korrekten Titel noch das ganze ihm zugeordnete Portfolio ab. Das trifft auch für die Industrie-Kommissar*innen zu. Der deutsche „Industriekommissar“ Günther Verheugen etwa arbeitete 2004-2010 unter der offiziellen Bezeichnung des „Kommissars für Industrie- und Unternehmenspolitik“, aktuell wird dieses Portfolio von Elżbieta Bieńkowska als „Kommissarin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU“ ausgefüllt. Ihr designierter Nachfolger, der Franzose Thierry Breton, wird in der deutschen Presse weiterhin überwiegend als (designierter) Industrieminister bezeichnet, obwohl der offizielle Titel seines Portfolios „Binnenmarkt“ lautet – mit der Bezeichnung „Industrie, Rüstung und Weltraum“ aber passender beschrieben wäre. Denn der zukünftige Industriekommissar wird auch der neu geschaffenen „Generaldirektion für Verteidigungsindustrie

und Weltraum“ (DG Defence) vorstehen, die u.a. den „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF) im Umfang von 13 Mrd. Euro (2021-2027 aus dem EU-Haushalt plus nationale Kofinanzierung) verwaltet, mit dem EU-Rüstungsprojekte angestoßen und die entsprechenden Unternehmensstrukturen geschaffen werden sollen.

Hierfür scheint Breton bestens geeignet. Das unterstrich auch Claire Demesmay, Expertin für deutsch-französische Beziehungen bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) im Interview beim Deutschlandfunk in der Sendung „Europa heute“ vom 25.10.2019: Ziel der Benennung Bretons sei es von französischer Seite gewesen, das mit dem Posten des Industriekommissars verbundene „Portfolio für Frankreich in der EU-Kommission sichern. Das ist ein sehr breites Portfolio – Binnenmarkt, Industrie, Verteidigung, Digitalisierung, das ist sehr viel“. Breton sei einer, „der diese Kompetenzen hat, der mit diesen Kompetenzen einfach überzeugen kann und sagen kann: Gut, ich kenne mich mit Industriefragen, mit Verteidigungsfragen und mit Digitalisierung aus“.¹ Demesmay führt dazu weiter aus: Breton habe „Erfahrungen gesammelt, sowohl in der Regierungspolitik als Wirtschaftsminister unter Jacques Chirac als auch in der Privatwirtschaft. Er war Chef von France Télécom, von Thomson. Er ist jetzt Chef von Atos. Das ist ein französisches Unternehmen aus der Digitalbranche“.

Bretons Geschichte bei Thales und Atos

Damit qualifiziert der Werdegang Bretons ihn tatsächlich als zukünftigen Kommissar für Industrie, Rüstung und Weltraum, dessen Aufgabe zugespitzt darin besteht, eine deutsch-französisch dominierte europäische Rüstungsindustrie aufzubauen. Denn das Unternehmen Thomson, an dessen Spitze er vor seinem Wechsel in die Politik als Wirtschaftsminister unter Jacques Chirac von der Regierung berufen wurde, trennte unter seiner Führung die Unterhaltungselektronik von der Rüstungssparte ab. Letztere fusionierte daraufhin zu einem der weltweit größten Rüstungskonzerne, der heute als Thales Group bekannt ist – und seinen deutschen Hauptsitz in Ditzingen bei Stuttgart hat. Strategische Kooperationen und Joint Ventures ging Thales u.a. mit dem US-Rüstungsunternehmen Raytheon und den französischen Konzernen Alcatel und Dassault ein – letzterer hält aktuell etwa ein Viertel der Anteile von Thales. Aus anderen Sparten des Thomson-Konzerns ging, ebenfalls durch strategische Fusionen, mit STMicroelectronics einer oder gar der größte Chiphersteller in Europa hervor.

Nach seiner Amtszeit als Wirtschaftsminister wechselte Breton an die Spitze des Konzerns Atos, der Endverbraucher*innen meist unbekannt ist, an dem Regierungen und größere Unternehmen bei der Auslagerung von IT-Aufgaben aber kaum vorbeikommen. Atos betreibt eine intensive Lobbyarbeit z.B. für den Aufbau biometrischer Datenbanken, die Digitalisierung der Gesundheitsversorgung und der öffentlichen Verwaltung, mit der er sein Geld verdient. Auf seiner Homepage beschreibt sich das Unternehmen selbstbewusst als „weltweit führender Anbieter für die digitale Transformation mit über 110.000 Mitarbeitern in 73 Ländern und einem Jahresumsatz von mehr als 11 Milliarden Euro“. Der damalige französische Elektronikkonzern Atos Origin war bereits in den 1990er Jahren aus einer